

Ö1 Morgenjournal 08:00 vom 28.09.2013 08:00 Uhr Ö1 Morgenjournal 08:00 0800

Ö1 Morgenjournal 08:00 (08:00) - BWB: Anzeige gegen Spar wegen übler Nachrede

Seelmann Helene (ORF) Nach den Hausdurchsuchungen der Bundeswettbewerbsbehörde bei der Supermarkt-Kette Spar, wegen des Verdachtes von Preisabsprachen, stehen schwere Vorwürfe im Raum. Spar hat der Behörde vorgeworfen, sie habe spioniert und mit einer Software des FBI großen Schaden angerichtet. Die Behörde hat nun wiederum den Spar-Chef angezeigt und wirft ihm Verleumdung und Rufschädigung vor. Birgit Pointner berichtet:

Pointner Birgit (ORF) Die Hausdurchsuchung in der Spar-Regionalzentrale in Maria Saal in Kärnten im August hat sozusagen das Fass zum Überlaufen gebracht. Die Ermittler hätten über einen USB-Stick eine Software des FBI eingeschleust, die Passwörter knacken kann. Spar-Chef Gerhard Drexel hat von einem Schaden von mindestens einer Million Euro gesprochen, weil bei 25 000 Geräten gewisse Komponenten ausgetauscht werden müssen. Der Anwalt der Bundeswettbewerbsbehörde Meinhard Novak:

Novak Meinhard (Privat) Es konnte in keiner Weise verifiziert werden, dass diese Software Schaden anrichtet.

Pointner Birgit (ORF) Dazu kommt der Vorwurf von Spar, die Behörde hätte Lieferanten erpresst, indem sie ein relativ geringes Bußgeld in Aussicht gestellt hat, wenn die Lieferanten Spar anschwärzen:

Novak Meinhard (Privat) Diese Vorwürfe sind unrichtig und deshalb war die Maßnahme also auch notwendig, damit die Behörde sich auch wehrt.

Pointner Birgit (ORF) Es ist das erste Mal, dass die Bundeswettbewerbsbehörde eine solche Anzeige einbringt. Anwalt Meinhard Novak sagt, es gehe auch darum, dass die Behörde in der Öffentlichkeit ihre Position verteidigt:

Novak Meinhard (Privat) Es ist der Bundeswettbewerbsbehörde in keinster Weise daran gelegen, unnütz Streit zu haben mit einem doch wichtigen Einzelhandelsunternehmen in dem Land. Aber wenn eine Behörde in einer Gesellschaft so angegriffen wird, geht es auch ein Stück weit darum, dass diese Behörde auch sich behauptet als Institution im Gefüge der Republik.

Pointner Birgit (ORF) Bei Spar will man die Anzeige nicht kommentieren. Sie sei noch nicht zugestellt worden. Bei der Staatsanwaltschaft Wien heißt es, man habe die Anzeige erst am Mittwoch bekommen und müsse erst prüfen, inhaltlich könne man sie nicht kommentieren. Auch Spar geht gegen die Bundeswettbewerbsbehörde juristisch vor. Man bereitet eine Schadenersatzklage vor und hat bereits Beschwerden beim unabhängigen Verwaltungssenat und bei der Datenschutzkommission eingebracht. Das alles wieder zu entwirren wird schwierig. Anwalt Meinhard Novak empfiehlt als Ausweg:

Novak Meinhard (Privat) Na das sich alle Beteiligten auch ein bisschen zurück nehmen und wieder auf ihre Rollen besinnen. Die einen sollen ihr Geschäft machen und die anderen sollen weiterhin <unverständlich>-Sünder verfolgen.

Pointner Birgit (ORF) Mit Spar-Konkurrent Rewe hat die Bundeswettbewerbsbehörde eine Einigung erzielt. Rewe hat ein Bußgeld von fast 21 Millionen Euro gezahlt, die Behörde hat die Ermittlungen eingestellt. Eine solche Möglichkeit hat Spar bisher stets ausgeschlossen.

Der gegenständliche Text ist eine Abschrift eines audiovisuellen Beitrags. Aufgrund der medienspezifischen Charakteristik von Radio- und Fernsehbeiträgen kann es bei der Transkription zu formalen Abweichungen in der sprachlichen Abbildung zwischen dem Text und dem audiovisuellen Original kommen.

Abkommen zur Wartung von Wegen und Klettersteigen zusammen oder wenn es darum geht, dass sich ein Verein oder Verband mit einem Gipfelkreuz auf ÖBf-Fläche verewigen will.

Freier Zugang gesetzlich abgesichert

Im hochalpinen Bereich gilt die Wegfreiheit. Wenn zum Beispiel ein russischer Oligarch den Großen Kinigat oder Rosskopf gekauft hätte, hätte er einen öffentlichen Zugang zum Gipfel nicht verhindern können. Der ist laut Gesetz freizuhalten. Das Aufstellen eines Kreuzes hingegen kann ein Bergbesitzer sehr wohl verhindern.

Die Berge seien für den Alpenverein Orte ursprünglicher Natur, der Erhabenheit, der Wildheit, aber auch der Kontemplation, sagt der Alpenverein-Generalsekretär Robert Renzler: "Wir sehen den uns überantworteten Grundbesitz als Verpflichtung der Natur und den kommenden Generationen gegenüber, dass dieser als eine der wertvollsten Ressourcen unserer Gesellschaft für die Zukunft erhalten bleibt."

GROSSGRUNDBESITZER BUNDESFORSTE

Dass die Bundesforste die Organisation mit den meisten Bergen im Portfolio sind, erklärt sich aus der Geschichte. Nach dem Zerfall der Monarchie wurden 1925 die Bundesforste zur Verwaltung der forstlichen Flächen des Staates und jener des Religionsfonds gegründet. Seit 1997 sind die ÖBf eine aus dem Bundeshausalt ausgegliederte Aktiengesellschaft. Sie betreut heute rund 860.000 Hektar, also jeden zehnten Quadratmeter Naturfläche in Österreich. Dazu gehören neben Wäldern, Wiesen und Mooren Seen, Gewässer und zahlreiche Hochgebirgsflächen, vor allem in Tirol, Salzburg und Oberösterreich.